



Kleine Bauern haben keine Chance auf ein Stück Land

Die Internationale Lebensmittelkrise ist weit entfernt davon, vorbei zu sein – Experten schlagen Alarm

Kleine Bauern haben keine Chance auf ein Stück Land

Das Wiener Institut für internationalen Dialog und Zusammenarbeit (VIDC) lud zu einem Vortrag über die globale Nahrungsmittelkrise ins Albert Schweitzer Haus. Anuradah Mittal, Gründerin des progressiven politischen Think Tanks Oakland Institute, und Michelle Pressend, Koordinatorin beim Global Network Afrika (GNA) in Kapstadt (Südafrika), sprachen über die strukturellen Ursachen, die zum global steigenden Hunger führen.

„Die Nahrungsmittelkrise ist die größte Bedrohung der Globalisierung“ zitierte Anuradah Mittal den „Economist“. Über eine Million Menschen leiden laut UN-Ernährungsorganisation FAO an chronischem Hunger. „Die internationale Lebensmittelkrise ist weit davon entfernt, vorbei zu sein“, erklärte Mittal.

Die Preise für Grundnahrungsmittel stiegen Anfang 2008 dramatisch an. Der Preis für Weizen etwa legte innerhalb eines Jahres um hundertdreißig Prozent zu. Die Menschen in den armen Ländern des Südens benötigen bis zu achtzig Prozent ihres Einkommens für Lebensmittel, für sie sind die Teuerungen daher



Ein für die Ernte zuständiger Beamter des kenianischen Landwirtschaftsministeriums begutachtet eine in der Rift Valley Province gelegene Maisfarm. Aufgrund von ausbleibenden bzw. unregelmäßig auftretenden Niederschlägen hatte der Bezirk zwischen März und Juni 2009 bei der Maisernte Einbußen von über neunzig Prozent. Regionale Missernten verschlimmern die ohnehin oft angespannte Lebensmittelversorgung in den Ländern des Südens.

eine Katastrophe. „Fernseher und ähnliche Konsumgüter sind in Ländern wie Indien zu einem geringen Preis erhältlich, aber der Preis für Essen ist hoch“, illustrierte Mittal.

Nahrungsmittelspekulationen am Finanzmarkt sind maßgeblich an der vorherrschenden Lebensmittelkrise beteiligt, betonte Mittal. Nach dem Börsencrash und dem Platzen der Immobilienblase 2007 entdeckten die

Investoren den Agrarrohstoffmarkt für sich. Die Spekulationen souveräner Weltfonds und Hedge-Fonds mit der Landwirtschaft und ihren Produkten führten zu einer Hyperinflation der Lebensmittelpreise. „So haben Spekulanten, die in Amerika oder London vor ihren Computern sitzen und die Preise manipulieren, direkten Einfluss auf das, was auf den Philippinen, Mozambique oder Sambia

passiert.“ Für eine nachhaltige Verbesserung seien politische Lösungen nötig, die das gesamte Marktsystem von Grund auf regulieren, attestierte Mittal.

Ebenfalls ein massives Problem stelle das „Land Grabbing“ dar. Länder, die ihren Bedarf an landwirtschaftlicher Produktion vor Ort nicht decken können, etwa die Golfstaaten, Südkorea oder Japan sowie private

Investoren eignen sich Grundstücke in armen Ländern an. Diese werden zur Produktion von Grundnahrungsmitteln oder Agrarkraftstoffen benötigt. Der kleine Bauer vor Ort habe damit keine Chance auf ein Stück Land, erklärte Mittal. „Während in Ländern wie Äthiopien die Menschen Hunger leiden, verlassen Lastwagen voller Getreide als Export das Land.“

Dass Afrika von Freihandelsabkommen, den Economic Partnership Agreements (EPAs), mit der Europäischen Union profitieren kann, bezweifelte Michelle Pressend. Mit der Unterzeichnung der EPAs durch die AKP-Länder (Afrika, Karibik und Pazifik) dürften diese Staaten keine Zölle mehr auf importierte Waren erheben. Zudem fordere die EU größeren Zugänge zu den afrikanischen Märkten.

„Re-Kolonialisierung“

„Ich empfinde das als eine Re-Kolonialisierung Afrikas.“ Die Analytikerin befürchtete schlimme Auswirkungen aufgrund der umfassenden Marktliberalisierung. „Die EPAs unterwandern die Lebensmittelsicherheit.“ Da agrarische Produkte aus Europa stark subventioniert werden, seien viele afrikanische Bauern im Vergleich mit Europa nicht wettbewerbsfähig. „Europa investiert mindestens zweihundertvierzig Millionen Euro in die Landwirtschaft, das sind vierzig Prozent des gesamten Budgets“, führte Pressend aus. Als Alternative zum Freihandelsabkommen schlägt Pressend vor, einen Handel zu forcieren, der auf Kooperation statt auf Kapitalismus basiert. „Wir brauchen eine klare Regelung, ansonsten verlieren kleine und schwache Länder die Fähigkeit, sich weiter zu entwickeln.“

Ursula Pichlwagner